

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidenschaft machen und Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen!



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Franziska Brantner (Heidelberg KV)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Deutsche EU-Ratspräsidentschaft 2020 zur Klimapräsidenschaft machen und Europas
- 2 Versprechen
- 3 für Demokratie und Menschenrechte einlösen!
- 3 Nach einem historischen Wahlerfolg von Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Wahl zum Europäischen
- 4 Parlament werden die Weichen in der Europäischen Union neu gestellt. Das neue Europäische
- 5 Parlament hat sich mit einer starken Fraktion Die Grünen/Europäische Freie Allianz neu
- 6 formiert. Im November 2019 nimmt die neue Europäische Kommission ihre Arbeit auf und ihr
- 7 Arbeitsprogramm wird wegweisend für die kommenden Jahre europapolitischer Politik. Die
- 8 ersten großen Gesetzesvorhaben werden dabei von dem Land verhandelt, das ab dem 1. Juli
- 9 2020
- 9 die EU-Ratspräsidentschaft innehaben wird: Deutschland. Deutschland bildet ab dem 1. Juli
- 10 2020 bis Ende 2021 mit Portugal und Slowenien die sogenannte Trio-Präsidentschaft. Im
- 11 zweiten Halbjahr 2020 hat Deutschland die Federführung. Das Trio formuliert gemeinsame Ziele
- 12 und Prioritäten und erarbeitet ein konkretes Programm, mit dem sich der Rat während der drei
- 13 Präsidentschaften befassen wird.
- 14 Die deutsche Ratspräsidentschaft zur Klima-Präsidentschaft machen
- 15 Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern, dass diese EU-Präsidentschaft DIE Klima-Präsidentschaft wird.
- 16 Denn im 2. Halbjahr 2020 werden im Rahmen der Vereinten Nationen Entscheidungen fallen.
- 17 Hier
- 17 gilt es, dass die EU als glaubwürdiger Akteur auftreten kann. Dazu muss sich die EU auf
- 18 verbindliche Maßnahmen einigen, um unseren fairen Beitrag zur Erreichung der Pariser
- 19 Klimaschutzziele zu leisten. Doch bislang versagt die Bundesregierung nicht nur national
- 20 beim Klimaschutz, sondern auch europäisch. Das unambitionierte Klimapaket wird nur noch
- 21 übertroffen von Deutschlands Blockade bei europäischen Verhandlungen für mehr Klimaschutz.
- 22 Es darf nicht sein, dass Europa durch die rückwärtsgewandte Klimapolitik der Bundesregierung
- 23 die Europäischen Union lähmt und dadurch die EU bei dieser rasanten Entwicklung den
- 24 Anschluss verliert. Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen eine zu 100 Prozent erneuerbare und
- 25 energieeffiziente Europäische Union als Treiber für die internationale Energiewende. Dafür
- 26 muss das europäische Klimaschutzziel, das sich keineswegs auf dem Pfad der Pariser
- 27 Klimaziele bewegt, ambitionierter und verbindlich werden (HIER DAS Ziel dann einfügen, auf
- 28 das sich die BDK einigt). Ursula von der Leyen hat für ihre ersten 100 Tage ein

29 Klimaschutzgesetz angekündigt. Dieses Gesetz muss verbindlich einen
30 Treibhausgasreduzierungsplan festlegen und mit den notwendigen Maßnahmen in den Sektoren
31 unterlegen, damit Europa seine Verpflichtungen im Pariser Klimavertrag vollumfänglich
32 erreicht. Auf Deutschland wird es dann ankommen, dass sich die Mitgliedstaaten im Rat auf
33 eine ambitionierte Position einigen. Da darf die aktuelle deutsche Politik auf keinen Fall
34 der Maßstab für sein!

35 Wir brauchen außerdem nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa einen vollständigen
36 Kohleausstieg. Während in Deutschland dafür die Milliardenpakete geschnürt werden, sieht es
37 auf europäischer Ebene dafür mau aus. Dabei ist klar: auch andere europäische Kohleregionen
38 zum Beispiel in Polen werden Unterstützung für die Transformation brauchen und ihre
39 Regierungen ambitionierte Klimaziele auch nicht ohne Unterstützung mittragen. Der derzeit
40 angestrebte Just-Transition Fonds ist dafür eine Grundlage. Die grüne Transformation der
41 europäischen Wirtschaft und Gesellschaft muss aber als Querschnittsthema im nächsten EU
42 Haushalt gestaltet werden. Auch hier kommt es auf die deutsche Regierung an aus dem
43 Kohleausstieg ein europäisches Projekt zu machen! Wir können für das Klima auch viel tun mit
44 einer Wirtschaft, die vor 2050 auf 100% erneuerbare Energien setzt - dafür braucht die EU
45 auch eine grüne Industriepolitik.

46 Trotz eines ambitionierteren französischen Vorschlags möchte Deutschland daran festhalten,
47 dass nur 25% der Ausgaben des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021 - 2027 der EU einen Beitrag

48 zur Erreichung der EU-Klimaziele leisten sollen. Bisher fordert das Europäische Parlament
49 dank Grünen Drucks immerhin 30 Prozent fürs Klima und 10 Prozent für die Biodiversität, ein
50 erster richtiger Schritt. Finanzminister Scholz sollte sich auf Bundesebene dafür einsetzen,
51 dass die Blockade der deutschen Regierung für mehr Klimaschutz im Haushalt der Europäischen

52 Union endlich aufbricht.

53 EU Haushalt stärken

54 Für die Finanzierung von ernst gemeintem Klimaschutz, für den sozialen Zusammenhalt in
55 Europa, aber auch für Innovation, Austausch der Bürgerinnen und Bürger braucht es einen
56 gestärkten EU Haushalt. Die Verhandlungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen auf
57 europäischer Ebene laufen. Sie werden vermutlich während der deutschen Ratspräsidentschaft
58 abgeschlossen werden.

59 Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen fordert 1 000 Milliarden Euro für den
60 Klimaschutz in der Europäischen Union. Der Europäische Rechnungshof fordert sogar das
61 Zehnfache. Doch die deutsche Bundesregierung hält am 1-Prozent-Ziel als Anteil am
62 europäischen Bruttoinlandsprodukt für den europäischen Haushalt fest, und möchte an den
63 Ausgaben aber auch nichts ändern. Gleichzeitig trägt die Bundesregierung in der EU zur
64 Blockade wichtiger Maßnahmen gegen Steuerevents bei, die einen größeren EU-Haushalt
65 gegenfinanzieren könnten. Das bedeutet de facto: keine Investitionsoffensive für das Klima,
66 ein Nein zu von der Leyens Programm. Wir wollen x, y für den EU Haushalt (ZIEL hier
67 einfügen, auf das sich die BDK im Bauantrag einigt).

68 Was in Deutschland die Fixierung auf die schwarze Null ist, das ist in der Europäischen
69 Union das 1-Prozent-Ziel. Ein Aufbruch für Europa sieht ganz anders aus.

70 Die Europäische Investitionsbank (EIB) zur Klimabank machen: ‚Energy Efficiency First‘

71 Bündnis 90/DIE GRÜNEN treibt gemeinsam mit unseren Freundinnen und Freunden aus Europa
72 die
73 Debatte über eine neue Finanzierungspolitik der Europäischen Investitionsbank (EIB) an.
74 Deutschland gehört zu größten Geldgeber der Bank. Wir begrüßen den Vorschlag der EIB für
75 ihre geplante Darlehenspolitik im Energiebereich, die Finanzierung von Projekten mit
76 fossilen Brennstoffen einzustellen sowie alle Bemühungen, die Aktivitäten der EIB mit den
77 Zielen des Pariser Klimaabkommens in Einklang zu bringen. Es braucht allerdings mehr
78 ehrgeizige Schritte um die EIB in eine Klimabank zu verwandeln. Dazu braucht die EIB mehr
79 Eigenkapital, um innovative Technologien in großem Umfange finanzieren zu können und eine
80 Managementkultur, Risiken einzugehen, die Privatinvestoren noch nicht tragen wollen. Einen
81 schnellen Fossil-Ausstieg unterstützen wir voll und ganz.

81 Europas Versprechen für Demokratie und Menschenrechte einlösen

82 Die deutsche Ratspräsidentschaft muss während der Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt
83 auf
84 die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie setzen. Europas Werte basieren auf der
85 Grundrechtecharta: Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.
86 Dieses Jahr wird die Grundrechtecharta zehn Jahre. Ein Grund zu feiern! Doch europäische
87 Demokratie ist kein Selbstläufer. In Zeiten von erstarkendem Rechtspopulismus stärken wir
88 gezielt die demokratischen Kräfte in den betroffenen Mitgliedstaaten. Darum fordern Bündnis
89 90/DIE GRÜNEN: Wenn Regierungen in Mitgliedstaaten Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
90 systematisch und dauerhaft untergraben, soll die EU-Kommission den nationalen Regierungen
91 die Kontrolle über die Vergabe von EU-Geldern entziehen können. Das muss im nächsten
92 Mehrjährigen Finanzrahmen unter deutscher Ratspräsidentschaft verankert werden.

92 Die bestehenden Instrumente der EU zur Sicherung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie
93 sollten auch während der Ratspräsidentschaft weiterentwickelt werden: Wir brauchen dringend
94 einen wirksamen Rechtsstaatsmechanismus. Darunter verstehen wir einen umfassenden, alle
95 Mitgliedsstaaten einschließenden und jährlichen Bericht über Demokratie und
96 Rechtsstaatlichkeit durch eine unabhängige Kommission, die sich aus den Nationalen
97 Parlamenten und dem Europäischen Parlament ernannten Verfassungsexperten zusammensetzt.

98 Bei akuten und gravierenden Verletzungen von demokratischen Prinzipien und
99 Rechtsstaatlichkeit durch einzelne nationale Gesetze erstellt die "Rechtsstaats-Kommission"
100 Ad-hoc-Berichte und schlägt der Europäischen Kommission Reaktions- und
101 Sanktionsmöglichkeiten vor. Doch Sanktionen alleine reichen nicht aus: Wir wollen
102 Rahmenbedingungen für Zivilgesellschaft, Medien und politische Pluralität in der EU stärken.
103 Um aktiv und gemeinnützig agierende Akteur/innen zu schützen, sollte die deutsche
104 Ratspräsidentschaft sich für die Schaffung eines europaweiten Vereins- und
105 Gemeinnützigkeitsrechts einsetzen.

106 Dabei schauen wir auch auf uns in Deutschland selbst: Urteile des EuGH dürfen
107 Mitgliedstaaten der EU nicht ignorieren. Vertragsverletzungsverfahren laufen auch gegen
108 Deutschland. Dabei muss gerade Deutschland während der Ratspräsidentschaft zeigen:
109 Vertragsverletzungsverfahren nimmt die Bundesregierung ernst und beendet den andauernden
110 Verstoß zum Beispiel gegen die EU-Nitratrichtlinie.

111 Stärkung der Menschenrechte innerhalb und außerhalb der EU

112 Die EU Kommission wird eine neue Antidiskriminierungsrichtlinie vorlegen, die
113 Diskriminierung außerhalb des Arbeitsmarktes für alle Diskriminierungsstatbestände verhindern
114 und ahnden soll. Hier sollte die deutsche Ratspräsidentschaft eine ambitionierte
115 Ratspositionierung ermöglichen. Dies ist besonders wichtig vor dem Hintergrund, dass die
116 deutschen Regierungen der letzten Jahre immer eine solche Antidiskriminierungsgesetzgebung
mit
117 verhindert haben.

118 Außerdem kann die deutsche Ratspräsidentschaft mit Blick auf Gleichberechtigung die
119 angekündigten Initiativen für Lohngleichheit und gegen Gewalt an Frauen gestärkt und
120 konkretisiert werden. Hier braucht es ambitionierte Gesetzgebung statt weiterer
121 Koordinierungsprozesse. Die von Ursula von der Leyen angekündigte Richtlinie gegen
122 geschlechterbezogene Gewalt muss vorgelegt werden, statt wieder in der Schublade zu
123 verschwinden. Wir fordern, dass die Bundesregierung ihre Ankündigung wahr macht und eine
124 Initiative für nachhaltige Lieferketten startet. Es braucht verbindliche Regeln, die
125 sicherstellen, dass unsere Lieferketten frei von Menschenrechtsverletzungen und
126 Umweltverbrechen sind.

127 Wir treten für eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik ein, die sich für
128 Menschenrechte stark macht und Frieden sichert. Statt Aufrüstung und einer Politik, die nur
129 auf den nationalen Vorteil bedacht ist, brauchen wir eine EU, die friedens- und
130 sicherheitspolitisch mit einer Stimme spricht. Dabei setzen wir uns dafür ein, dass
131 Verteidigerinnen von Menschenrechten und Demokratie, Hinweisgeberinnen, aber auch
132 Bürgerdialoge mehr und unbürokratischer gefördert und geschützt werden. Eine konkrete
133 Aufgabe für die deutsche Ratspräsidentschaft wird es sein, den Aktionsplan für
134 Menschenrechte und Demokratie des Europäischen Rates voranzutreiben.

135 Menschenrechte müssen bei allen EU-Handelsverträgen verbindlich durchsetzbar werden und
ein
136 Beitrag zu den Pariser Klimazielen geleistet werden.

137 An der Schnittstelle zwischen Innen und Außen stehen die Menschenrechte von Geflüchteten
und
138 die Genfer Flüchtlingskonventionen.

139 Bei dem angekündigten Neuaufschlag für Migration und Asyl wird es entscheidend auf die
140 Bundesregierung während der deutschen Ratspräsidentschaft ankommen, hier die
Menschenrechte,
141 das Recht auf Asyl und die Einhaltung von internationalem Recht hochzuhalten.

Begründung

Die deutsche Ratspräsidentschaft steht an!

Als Europapartei definieren wir unsere Erwartungen an die Bundesregierung rechtzeitig.

weitere Antragsteller*innen

Sven Giegold (Düsseldorf KV); Sergey Lagodinsky (KV Berlin-Pankow); Anna Cavazzini (KV Chemnitz); Henrike Hahn (KV München); Henning Schürig (KV Stuttgart); Julian Dietzschold (Heidelberg KV); Lysander-Noel Liermann (KV Ludwigsburg); Michael Gross (KV Biberach); Gabriela Lachenauer (KV Odenwald-Kraichgau); Ina Schultz (KV Sigmaringen); Melis Sekmen (KV Mannheim); Anja Reinalter (KV Biberach); Ullrich Schauws (KV Krefeld); Anna Deparnay-Grunenberg (KV Stuttgart); Mareile Große Beilage (KV Mannheim); Leoni Neubauer (KV Mannheim); Alexandra Alth (KV Reutlingen); Cornelia Furtwängler (KV Biberach); Sibylle Steffan (KV Berlin-Neukölln); sowie 5 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.